

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Konjunkturpolitik braucht langen Atem

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1976) : Konjunkturpolitik braucht langen Atem, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 12, pp. 596-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135016>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

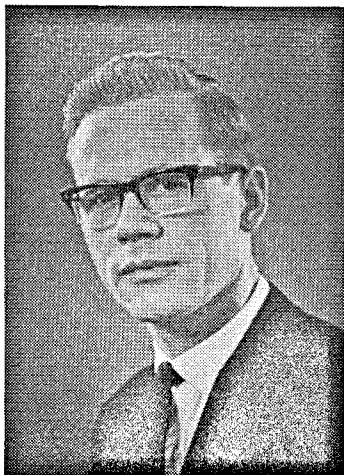
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Günter Großer

Konjunkturpolitik braucht langen Atem

Die Bundesrepublik sieht sich — mit dem Hinweis auf ihre Leistungsbilanzüberschüsse und ihre Erfolge bei der Inflationsbekämpfung — einem steigenden Druck aus dem Ausland ausgesetzt, die Expansion von Nachfrage, Produktion und damit Importen durch wirtschaftspolitische Ankurbelungsmaßnahmen zu beschleunigen. Immer wieder aufs neue sucht daher die Bundesregierung den Partnern zu erklären, daß ihre vorsichtige Strategie keineswegs einer besonderen deutschen Stabilitätsmarotte huldige, sondern daß der Abbau der Inflationserwartungen gerade für die Wiedergewinnung einer dauerhaften Vollbeschäftigung unerläßlich sei. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre aber läuft eine Forcierung der Expansion leicht Gefahr, um eines kurzlebigen Erfolgs willen die Chancen zur mittelfristigen Verwirklichung der Wachstums-

und Beschäftigungsziele zu verspielen.

Vor diesem Hintergrund mußte es zunächst überraschen, als der Bundesregierung vom keineswegs minder stabilitätsbewußten Sachverständigenrat in seinem jüngsten Jahresgutachten ein Programm vorgelegt wurde, das auf den ersten Blick eine beachtliche wirtschaftspolitische Ankurbelung zum Inhalt hat. Dieser Eindruck wird jedenfalls dadurch erweckt, daß die voraussichtliche Zunahme des realen Brutto sozialprodukts im Jahre 1977 unter Status-quo-Bedingungen auf $4\frac{1}{2}\%$, bei Verwirklichung der vorgeschlagenen Maßnahmen auf immerhin 5 bis $5\frac{1}{2}\%$ geschätzt wird. Zugleich aber wird betont, daß es nicht die Absicht sei, „kurzfristig und womöglich nur vorübergehend Nachfrage und Produktion zu stimulieren“. Tatsächlich handelt es sich um ein mittelfristig orientiertes Programm für Wachstum und Vollbeschäftigung. Es sieht für Abschreibungserleichterungen, betriebliche Forschung, Unternehmensgründungen und Mobilitätshilfen für Arbeitnehmer staatliche Ausgaben in Höhe von 3 Mrd. DM vor. Da ein Drittel davon durch Kürzungen an anderer Stelle aufgebracht werden soll und zugleich noch eine Mehrwertsteuererhöhung mit einem Ertrag von $2\frac{1}{2}$ Mrd. DM vorgeschlagen wird, ist das Ausmaß der schon für 1977 angenommenen Wachstumsbeschleunigung um so überraschender. Es dürfte allerdings nur an einer unglücklichen Darstellung im Gutachten liegen, wenn sich aus den mit den Ursprungszahlen gewichteten Wachstumsraten für die einzelnen Aggregate bei Verwirklichung des Programms gegenüber dem Status-quo-Bild sogar ein leicht verringerter Sozialprodukteranstieg errechnet.

Die optimistische Sicht der kurzfristigen Nachfragewirkungen des mittelfristig konzipierten Maßnahmenbündels entsprang wohl nicht zuletzt dem Bestreben, die Chancen für seine Verwirklichung zu erhöhen. Denn es

war von vornherein klar, daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen für zusätzliche Hilfen an Unternehmen gegenwärtig nicht besonders günstig sind, macht es doch schon außerordentliche Mühe, das für stabilitätsgerechte Lohnabschlüsse unerläßliche Verständnis der Arbeitnehmer für die erforderliche weitere Rückverschiebung der Verteilungsrelationen zugunsten der Gewinne zu finden. Und dies alles noch zur gleichen Zeit, in der Finanzierungsschwierigkeiten zu schmerzhaften Operationen im Bereich der sozialen Sicherung zwingen. Es ist unter diesen Umständen erklärlich, daß das Programm des Sachverständigenrates trotz der verbreitet wiederbelebten Skepsis gegenüber der Tragfähigkeit der konjunkturellen Auftriebskräfte nur ein geringes Echo fand. Die Bundesregierung hat allerdings mit ihrer endgültigen Stellungnahme noch bis zur Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts Ende Januar Zeit.

Wie immer das Schicksal des Programmes auch sein mag, so besteht doch kein Zweifel, daß die angestrebte Anregung der Unternehmensinvestitionen das Ziel jeder Politik zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung sein muß. Nur so werden die Strukturprobleme bewältigt und die notwendige Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden können. Dazu bedarf es in der Marktwirtschaft offensichtlich des Vertrauens in mittelfristig günstige Investitionsbedingungen. Es ist nach den ausgeprägten Fehlentwicklungen, die in die Rezession geführt haben, sicherlich nur allmählich wieder herzustellen. Schon deshalb geht das gelegentlich zu hörende Argument, die Entwicklung dieses Jahres widerlege bereits die Gleichung „Mehr Gewinne — mehr Investitionen“ ins Leere. Auf der anderen Seite gilt für die Unternehmer, daß übertriebener Pessimismus zur Selbsterfüllung zu führen droht; schließlich sind die Investitionen der entscheidende Motor eines Aufschwungs.